sowie über etwaiges Vorkommen ständischer Einrichtungen für Bewilligung dieser Steuer berichtet F. leider nichts. Parallel zu dieser ordentlichen und außerordentlichen Besteuerung laufen die Steuerforderungen, welche der Bischof gegenüber dem Klerus seiner gesamten Diözese — also ohne Beschränkung auf das hochstiftische Territorium — erhob, nämlich die Forderung des „cathedraticum“ und des „subsidium caritativum“. In Analogie zu dem in den meisten deutschen Territorien zu beobachtenden Bewilligungsrecht der Stände hinsichtlich der außerordentlichen Steuer verpflichtete sich der Bischof, das subsidium caritativum nur mit Rat und Zustimmung sowie nach Abschätzung des Dompropstes, des Domdekans, der Klostervorstände von Neustift, Wilten und Georgenberg sowie des Propstes der Marienkapelle zu Brixen einzuhoben.

Weitere Einnahmen erwuchsen dem Bischof aus dem Zoll-, Geleits-, Bergwerks- und Judenregal. Was das „ius fori“ betrifft, von welchem ein Haus zu Brixen laut Angabe einer Urkunde von 1266 befreit erscheint, so handelt es sich hier ohne Zweifel nicht um eine Abgabe vom Marktbesuch, wie F. (340) vermutet, sondern um einen Grundzins vom Bauplatz des Hauses, wie denn Güterleihe und Zinsentrichtung „nach Marktrecht“ häufig in tirolischen Leiheurkunden sich finden, so z. B. in einer Urkunde des Klosters Neustift von 1311 (Neustifter UB. n. 425), laut welcher ein Haus zu Klausen unter der Bedingung verliehen wird, daß die Beliehenen „ze rechtem marchrecht“ 10 Schilling Berner zinsen.¹⁾

Obwohl wir nicht in allem den Standpunkt F.s bei Beurteilung der einschlägigen Fragen zu teilen vermochten und F.s Arbeit auch schon aus dem Grunde nicht zu abschließenden Ergebnissen gelangen konnte und auch nicht wollte, weil sie die wichtigen Archivbestände des Brixner Hofarchivs nicht heranzog, so müssen F.s Studien gleichwohl als wertvolle Bereicherung nicht bloß der territorialen Verwaltungsgeschichte, sondern auch als sehr brauchbarer Beitrag zur allgemeinen deutschen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte bezeichnet werden.

Innsbruck.

H. Wopfner.

Dr. Andreas Walther, Die burgundischen Zentralbehörden unter Maximilian I. und Karl V. Leipzig, Duncker & Humblot 1909. IX und 220 S. gr. 8°. 5,50 Mk.

Die vorliegende Schrift behandelt Gestalt und Geschichte der burgundischen Zentralbehörden in den ersten Jahrzehnten der habsburgischen Herrschaft, greift aber des Verständnisses halber auch etwas zurück, sodaß sie im ganzen etwa die Periode von 1446—1531 zu aus-

¹⁾ Betreffs weiterer Beispiele vgl. Wopfner, Beiträge zur Gesch. der freien bäuerl. Erbleihe Deutschtirols 30 u. 97 f.

fürlicher Darstellung bringt. Der Versuch, für diese wichtige Zeit des Übergangs von der französischen an die deutsch-spanische Dynastie Klarheit zu schaffen, ist um so dankenswerter, als die bisherige Unklarheit z. T. ziemlich groß war. Walther hat dabei ganz richtig erkannt, daß eine Hauptschwierigkeit in dem Wandel der Institutionen unter der Hülle gleichbleibender Namen besteht, und verweist auf die ganz entsprechenden Veränderungen in den französischen Ratskollegien. Und wenn seine Darlegungen mit ihrer möglichst genauen Differenzierung nun vielleicht auch etwas zu präzis geworden sind, so dürfte er doch in der Hauptsache recht gesehen haben. Er zeichnet in großen Zügen folgendes Bild: Entsprechend der allmählichen Entstehung des burgundischen Reichs aus verschiedenen Staaten finden wir ursprünglich neben dem gemeinsamen Hofrat zahlreiche Provinzialgerichtshöfe und mehrere Rechnungskammern. Während aber auf dem Gebiet der Finanzen die Rechnungskammer von Lille sich zur Kontrollinstanz der zentralen Finanzbeamten (an deren Spitze schon seit Beginn des 15. Jahrhunderts der *receveur général* stand) entwickelte, wurde auf dem richterlichen Gebiet der Hofrat, der wie in Frankreich *grand conseil* hieß, als zentrale Instanz in Anspruch genommen und so mit Gerichtsbarkeit überlastet, daß sich hier in den Jahren 1446–1454 eine besondere gerichtliche Sektion löste, auf die nun (ganz wie im französischen Hofgericht) der Name *grand conseil* überging, die ihre anderen Funktionen bald abstreifte und endlich durch Edikt vom 22. Jan. 1504 eine Ordnung und einen festen Sitz in Mecheln erhielt (*grand conseil de Malines*). Der Hof- oder Staatsrat hieß seitdem *conseil privé*, spaltete sich aber allmählich, entsprechend seiner Zusammensetzung und Kompetenz, nochmals in eine aus gelehrten Richtern bestehende Abteilung, die den Namen *conseil privé* festhielt und als neues Hofgericht neben das *grand conseil* trat (übrigens auch die laufenden Verwaltungsgeschäfte besorgte), sowie in das mehr feudalen Charakter tragende *conseil d'état*, eine Trennung, die 1531 durch Ordonnanzen sanktioniert wurde. Auch hier haben wir in Frankreich die Parallele in der Ablösung des richterlichen *conseil privé* vom Staatsrat. Wie in Frankreich so gab in Burgund der Hofrat also zweimal seinen alten Namen an eine sich bildende gelehrte Sektion ab, um seinerseits einen neuen zu übernehmen. Das *grand conseil de Malines* erinnert am Schluß der Periode in seiner Selbständigkeit an das Pariser Parlament; das *conseil d'état*, das *conseil privé* und ein 1511 von Maximilian begründetes, wenn auch erst etwas später wirklich ins Leben getretenes *conseil des finances* sind die sogenannten *conseils collatéraux*, in die der eigentliche Hofrat zerfällt.

Man wird dieser Darstellung zustimmen dürfen, ohne zu verkennen, daß sie die Dinge stellenweise nun allzu wasserklar sieht. Nicht nur daß die Namen *grand conseil* und *conseil privé* auch nach Ablösung der gelehrten Sektion gelegentlich noch vom übrigen Hofrat gebraucht werden (vgl. S. 19f., S. 84 Anm. 1, S. 120 mit Anm. 1); die Grenzen dieser Behörden waren überhaupt noch geraume Zeit lang

etwas flüssig, sodaß es manchmal schwer zu sagen ist, welchen der Räte wir denn nun eigentlich vor uns haben. Daher dürfte es sich übrigens erklären, daß Walther über die Kompetenz der richterlichen Behörden weniger sagt als wünschenswert und wohl auch möglich gewesen wäre. Der Abschnitt über die Gerichtsbarkeit des *grand conseil* (S. 28 ff.) bringt fast nur ein einzelnes Beispiel, den Prozeß Gattinaras wegen der Herrschaft Chévigny 1512—1517, den Walther nach den Sentenzen des *grand conseil* (aus dem Brüsseler Archiv) hübsch auseinandersetzt und zu einigen anfechtbaren allgemeinen Bemerkungen benutzt. Die Institutionen in Frankreich, aus denen Walther die burgundischen vielfach abzuleiten vermocht hat, erscheinen nicht immer in ganz richtigem Lichte. So paßt gerade zu der burgundischen Form noch besser, daß auch das französische *conseil privé* nicht nur mit Gnadensachen (S. 10) beschäftigt war. Dagegen ist die Rechnungskammer in Frankreich keineswegs nur eine Kontrollinstanz, die gelegentlich auch in die Finanzverwaltung eingreift (S. 42 f. u. o.), sondern in jeder Hinsicht die oberste Behörde für die sogen. ordentlichen Finanzen; und wenn es richtig ist, daß in Burgund eine besonders scharfe Scheidung von Kontrolle und Verwaltung der Finanzen bestand (was ich einigermaßen bezweifle), so läge hier ein Unterschied gegen Frankreich vor. Ein Unterschied auch gegen Österreich, wo Kontrolle und Verwaltung stark vermischt waren. Und auf diesen angeblichen Unterschied gegen Österreich legt Walther besonderes Gewicht, da er der herrschenden, namentlich von S. Adler (Die Organisation der Centralverwaltung unter Kaiser Maximilian I., 1886) und E. Rosenthal (im Archiv f. österr. Gesch. 69, 1887) begründeten Ansicht von der Übertragung burgundischer Einrichtungen auf Österreich mit auffallender Schärfe entgegentritt. Von den sechs „Anhängen“ (Exkursen) ist der letzte und längste dieser Frage gewidmet. Ich gestehe aber, daß Walther mir hier entschieden zu weit zu gehen scheint. Es bleibt vielmehr dabei, daß gerade die österreichische Finanzverwaltung in mancher Hinsicht (Superintendent, Raitkammern uam.) nach burgundischem Muster gestaltet worden ist; die Art, wie Walther S. 186 ein noch kürzlich von H. Pirenne für diese Ansicht geltend gemachtes Argument unwirksam machen will, ist kein Musterbeispiel historischer Kritik. Doch soll durch solche Ausstellungen der Wert des Buches, der durch eine Reihe urkundlicher Beilagen aus den Archiven von Brüssel und Lille noch erhöht ist, nicht herabgemindert werden.

Straßburg i. E.

R. Holtzmann.

P. Viard, Histoire de la dîme ecclésiastique principalement en France jusqu'au décret de Gratien. Dijon, Jobard 1909. XI, 266 S. gr. 8°.

Die deutsche Forschung scheint, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, wenig geneigt, dem kirchlichen Finanzwesen des Mittelalters